

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

17.11.1931 (No. 268)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
Strasse Nr. 14  
Fernsprecher  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 9515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher-Strasse 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Kontostückverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Die Konferenz der Innenminister

#### Eröffnungsrede Groeners

WTB. Berlin, 17. Nov. (Tel.) Unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Groener begann heute vormittag um 11 Uhr die Konferenz der Innenminister. Die Innenminister der Länder waren sämtlich persönlich erschienen. Reichsminister Dr. Groener eröffnete die Beratungen mit einer einleitenden Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Er wolle nach seinem Amtsantritt Fühlung nehmen und diejenige Zusammenarbeit sichern, die sowohl im Interesse des Reiches wie aller einzelnen Länder notwendig sei. Polizeihohheit und polizeiliche Exekutive liegen bei den Ländern, in der Öffentlichkeit werde aber meist der Reichsinnenminister verantwortlich gemacht. Vor einigen Tagen habe er im Reichsrat die Versicherung abgegeben, daß er nicht beabsichtige, in die Zuständigkeiten der Landesregierungen ohne Not einzugreifen. Die Verteilung der Exekutive auf die Länder gebe in weitgehendem Maße die Möglichkeit, den besonderen Verhältnissen in den einzelnen Ländern Rechnung zu tragen.

Soll die Trennung von Legislative und Exekutive unsere Aufgaben fördern, dann muß sie allerdings mit einer engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit von Reich und Ländern verbunden sein. Die schweren Gefahren, von denen Reich und Länder gegenwärtig bedroht sind, erfordern die entschlossene Zusammenfassung des Willens von Reich und Ländern. Es gelte, den Staat gegen alle Erschütterungen zu sichern und gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen politischen Gegnern rücksichtslos zu unterdrücken.

Es gehe auch um die Außenpolitik in einem Augenblick, wo die allerdringlichsten Entscheidungen auf dem Spiele stehen. Wir müssen dem Reichskanzler den Rücken im Innern beden. Aber auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik sind Fortschritte zur Gesundung nur zu erzielen, wenn es uns gelingt, die Krisenstimmung der Bevölkerung zu überwinden und das schwindende Vertrauen zur Staatsführung wieder zu stärken. Freilich, durch polizeiliche Maßnahmen allein ist dies niemals zu erreichen, sie können nur den Weg offenhalten für die verfassungsmäßige Entwicklung der politischen Zustände. Sollten polizeiliche Maßnahmen gar als Schütanen empfunden werden, so vermehren sie die Unzufriedenheit und können zu einer ernstlichen Gefahr für die öffentliche Ruhe und Ordnung werden. Deshalb muß bei allen unseren Maßnahmen voransehen, daß Gerechtigkeit waltet und ein gerader Kurs gehalten wird.

Kritik und politische Betätigung ist niemandem im Deutschen Reich verwehrt. Die ehrliebe und anständige Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner soll nicht unterbunden werden. Wer immer zur Mitarbeit am Wiederaufbau bereit ist, soll ohne parteipolitische Vorurteile dazu willkommen sein. Die Staatsführung darf sich nicht von Erwägungen der Parteipolitik leiten lassen; es gibt nur ein Ziel der Staatspolitik: Die Erhaltung und den Wiederaufbau des Reiches. Wer sich allerdings diesem Ziele mit den Mitteln der Gewalt oder mit den Mitteln der Beschimpfung und Verleumdung der Staatsorgane entgegenstellt, gegen den soll von denjenigen Maßnahmen Gebrauch gemacht werden, die durch die Verordnungen des Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt sind.

### Die Sterblichkeit in Süddeutschland

Nach der neuen Denkschrift des Reichsinnenministers über die gesundheitlichen Verhältnisse in Deutschland ergeben sich in den deutschen Ländern und Landesanteilen recht beachtliche Unterschiede der Sterblichkeit der verschiedenen Altersklassen. Am größten sind die Unterschiede bei der Kindersterblichkeit. Diese liegt in Ober- und Niederbayern, in Mecklenburg-Strelitz und im rechtsrheinischen Bayern weit über, in Schleswig-Holstein, Sachsen, Württemberg, Hessen und Baden dagegen weit unter dem Reichsdurchschnitt. Weiter fallen besonders die hohen Sterbeziffern bei den über fünfzigjährigen im rechtsrheinischen Bayern sowie in Baden und Württemberg auf, während in diesen Landesanteilen die Sterbeziffern bei den 15 bis 50jährigen, großenteils weit unter dem Reichsdurchschnitt bleiben. Im Gegensatz dazu ist in den nördlicher gelegenen Gebietsanteilen, wenn sie auch in den jüngeren Altersklassen teilweise recht hohe Sterbeziffern aufweisen, eine geringe Alterssterblichkeit festzustellen; es gehören hierzu Mecklenburg-Strelitz, Ostpreußen, Pommern, die Provinz Sachsen und Mecklenburg-Schwerin. Günstige Sterbeziffern in fast allen Altersklassen weisen außer Schleswig-Holstein und dem Freistaat Sachsen auch Hannover, Thüringen, Oldenburg, Braunschweig, Anhalt, Lippe und Schaumburg-Lippe auf. In der Provinz Hessen-Nassau, im früheren Waldeck und in der Pfalz steigen die durchschnittlich ebenfalls niedrigen Sterbeziffern in den höheren Altersklassen, ähnlich wie in Hessen besonders beim weiblichen Geschlecht, stark an.

### Die Ausschubarbeit im Reichstag

In dieser Woche beginnen im Reichstage die großen Ausschubarbeiten. Am Donnerstag tritt der Haushaltsausschuß des Reichstages zusammen, dessen Beratungen sich bis in den Dezember erstrecken werden. Auf der Tagesordnung stehen zunächst zahlreiche kleine Vorlagen, die aber ohne größere Debatte den Unteranschüssen überwiesen werden sollen. Die wirklichen Beratungen beginnen mit den Anträgen und Gesetzentwürfen zur Frage der Pensionskürzung. Als Berichterstatter ist der sozialdemokratische Abg. Hoffmann in Aussicht genommen. Die Beratungen über die Pensionsfrage werden mehrere Tage dauern. Gleichfalls am Donnerstag treten der Verkehrs- und der Wohnungsausschuß zusammen.

### Letzte Nachrichten

#### Grandi in Washington

Verständigung zwischen Grandi und Borah  
WTB. Washington, 17. Nov. (Tel.) Im Verlauf einer Unterredung, die 25 Minuten dauerte, sind der italienische Minister des Äußern und Senator Borah zu einer vollen Verständigung über die Fragen der internationalen Politik gelangt. Grandis Stellungnahme zugunsten einer Revision des Versailler Vertrags und einer Annullierung der Reparationen und Kriegsschulden bildete die gemeinsame Grundlage für den Gedankenaustausch.

#### Stalten für Zusammenarbeit

WTB. Washington, 17. Nov. (Tel.) Der italienische Außenminister, Grandi, der Montag abend in Washington eingetroffen ist, gab nach dem Besuch, den er Hoover abstatte, die Erklärung ab: Ich sehe meinen Besprechungen mit Hoover und Simson mit größtem Interesse entgegen. Hoovers Initiative im Juni war der Ausfall zu gesteigerter diplomatischer Tätigkeit und zu der Aufforderung an die Welt, daß man zu gemeinsamer Arbeit zusammenkommen müsse. Wir haben Lavals Washingtoner Besuch mit ehrlieber Anteilnahme verfolgt und betrachten seine heftigen Unterredungen als Ermutigung zu einer allgemeinen Zusammenarbeit. In Situationen wie den gegenwärtigen fühlt man, daß das Heil der einen das Heil aller Nationen ist und daß das Unglück eines Landes nie zum Glück des anderen ausschlagen kann. Alle Länderinteressen sind eng miteinander verbunden. Ich bin ein Glied in dieser Kette und komme hierher, um Italiens Mitarbeit zum allgemeinen Wohle anzubieten.

#### Clémentel zur Weltwirtschaftskrise

Für wirtschaftliche und politische Abrüstung  
WTB. Paris, 17. Nov. (Tel.) Der ehemalige Vorsitzende der Internationalen Handelskammer und gegenwärtige Präsident des französischen Außenhandelskomitees, Senator Clémentel, äußerte zur Lösung der Weltwirtschaftskrise:

Die führenden Nationen der Weltwirtschaft, Deutschland, Amerika, Frankreich und England, sind es, die die Probleme der wirtschaftlichen Organisation, von der die Zukunft der Welt abhängt, zu lösen haben. Das nächstliegende Ziel muß die materielle und moralische, politische und wirtschaftliche Abrüstung aller Nationen sein. Dann wird man nach und nach alle Hindernisse beseitigen und im Anschluß daran sich für den Abschluß einer regionalen oder kontinentalen Zollunion entschließen müssen. Sodann wird das Kreditproblem einer Lösung zugeführt werden müssen. Hier wird man durch eine internationale Formel zur Schaffung einer soliden Institution gelangen, die die guten von den schlechten Krediten zu unterscheiden vermag, um den Wirtschaftsverkehr zwischen den Nationen größerer Garantien und Erleichterungen zu verschaffen. Besten Endes wird es nur durch ein internationales Gleichgewicht möglich sein, wieder Vertrauen zu schaffen.

#### Streit im Duisburg-Muhrorter Hafengebiet

WTB. Duisburg-Gamborn, 17. Nov. (Tel.) Der gestern abend ausgegebenen offiziellen Streikparole des Deutschen Verkehrsverbundes sind heute für die Arbeiter sämtlicher in den Duisburg-Muhrorter Hafenanlagen befindlichen Firmen gefolgt. Der gesamte Umschlags- und Güterverkehr ruht. Vom Ausstand nicht berührt sind die staatlichen Kippanlagen sowie die Kohlenverladeanlagen des Kohlenkontors. Im Streit befinden sich etwa 800 Mann. Die Arbeitgeber haben den vom Schlichter gefällten Schiedsspruch, der eine Lohnsenkung von 5% Prozent vorsieht, angenommen und seine Verbindlichkeits-erklärung beantragt.

#### Kein Abbruch der Konferenz am Runden Tisch

WTB. London, 17. Nov. (Tel.) Die gestrigen Erörterungen im Ausschluß für bundesstaatliche Struktur der indischen Konferenz am Runden Tisch haben entgegen manchen Voraussetzungen nicht zu einem Abbruch geführt. Vielmehr ist jetzt damit zu rechnen, daß die Erörterungen noch bis in die nächste Woche fortbauern werden. Die Aussichten auf Erfolg der Konferenz werden allgemein als günstiger betrachtet.

#### Die chinesisch-japanischen Kämpfe

Kückzug des Generals Matschangschin  
WTB. New-York, 17. Nov. (Tel.) Nach einer Heuter-Meldung aus Tokio hat der chinesische General Matschangschin begonnen, seine Truppen vom Nonni-Fluß zurückzuziehen, nachdem er alle Bedingungen Monjos angenommen hat.

Es sind mehrere Flugesabteilungen nach Rußland wegen des Ernstes der Lage in der Mandschurei abgegangen.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Montag eine Offiziersabordnung des Königl. Ungar. Honved-Inf.-Regts. Nr. 3, die ihm im Auftrage des Reichsverweisers v. Horstich eine Urkunde über seine Ernennung zum Inhaber dieses Regiments überbrachte.

Trauerfeier für Friedrich Bartels. In der Wandelhalle des Preussischen Landtages fand am Montag die Trauerfeier für den entschlafenen Präsidenten des Preussischen Landtages, Friedrich Bartels, statt. Vizepräsident Baumhoff sprach für das Präsidium des Landtages, Ministerpräsident Braun namens der preussischen Staatsregierung. Dann folgte die Einäscherung.

### \* Wahlen und ihre Lehren

Im demokratisch-parlamentarischen Staat gelangt in jeder Wahl von einiger Bedeutung die Entwicklung des Machtverhältnisses unter den Parteien zum Ausdruck. Jede neue Wahl ist eine neue Probe im Zuge dieser Entwicklung. Und so mußte man auch die heftigen Landtagswahlen vom letzten Sonntag betrachten. Das heißt unter dem Gesichtswinkel der Frage, ob diese Wahlen die Tendenz der Entwicklung der letzten 12 oder 13 Jahre bestätigen oder nicht. Die Antwort ist klar: sie haben sie bestätigt.

Und welches ist diese Tendenz? Sie ist für denjenigen, der Zahlen zu lesen versteht, eine Verlagerung der Macht, soweit sie sich in den Stimmen der Wähler offenbart, nach rechts.

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Jahre 1919 vereinigte der Gesamtsozialismus gut 46 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf seine Listen, und noch im Jahre 1920 waren es gut 42 Proz. Seitdem hat dieser Anteil — mit einer Ausnahme im Jahre 1928 — ständig abgenommen, und bei der letzten Reichstagswahl am 14. September 1930 mit 37,5 Proz. seinen Tiefstand erreicht. In Hessen betrug dieser prozentuale Anteil bei der letzten Reichstagswahl 40,2 Proz., lag also nicht unweitlich über dem Reichsdurchschnitt; vorgefem ist er auf 38,3 Proz. zurückgegangen und nähert sich damit dem Reichsdurchschnitt vom vorigen Jahre. Jedenfalls gilt auch für Hessen die gleiche Beobachtung, die man schon bei allen kleineren Wahlen der letzten Zeit zu machen hatte, daß der Gesamtsozialismus an Boden verliert, wenn dieses Terrain selbst auch nicht sonderlich groß ist.

Zur Linken gehört auf der bürgerlichen Seite die Demokratische Partei, die heutige Staatspartei. Ihr prozentueller Anteil an den abgegebenen Stimmen ist bei den Reichstagswahlen von 8,6 Proz. im Jahre 1920 auf 3,8 Proz. im Jahre 1930 zurückgegangen. In Hessen betrug im Jahre 1930 dieser prozentuale Anteil 5,2, vorgefem nur noch 1,4. Bezeichnet man die sozialistischen Parteien und die Demokraten als „die Linke“ im weiteren Sinne dieses Wortes, so hat sich ihr machtpolitischer Einfluß, prozentuell ausgedrückt, von rund 51 Proz. aller abgegebenen Stimmen im Jahre 1920 auf 41,3 Proz. im Jahre 1930 verringert. Die Resultate der Wahlen der letzten Zeit lassen aber kaum einen Zweifel darüber aufkommen, daß dieser prozentuale Anteil noch geringer würde, wenn morgen Reichstagswahlen wären.

Der Verlust auf der Linken ist reiflos der Rechten zugute gekommen. Denn der ganze Prozeß hat sich in der Weise vollzogen, daß mit Ausnahme des Zentrums alle Mittelparteien so gut wie aufgerieben bzw. ganz nach rechts gedrängt wurden. Diese neue Rechte erhielt am 14. September 1930 rund 38,5 Proz. aller abgegebenen Stimmen. Der Prozeß der Verlagerung nach rechts vollzog sich ferner im Stil einer so starken Radikalisierung, daß heute die extremste Partei auf der Rechten, der Nationalsozialismus, die absolute Herrscherstellung einnimmt.

Als Mittelpartei ist eigentlich nur noch das Zentrum und die Bayerische Volkspartei übrig geblieben. Der prozentuale Anteil beider Parteien hat sich seit 1920 folgendermaßen entwickelt: er betrug 1920: 19 Proz., am 7. Dezember 1924: 17,4 Proz., im Jahre 1928: 15,5 Proz. und am 14. September 1930: 14,8 Proz. Auch hier ist also eine gewisse Verringerung des prozentuellen Anteils festzustellen. Im ganzen hat das Zentrum aber seine Position behauptet und sich als das stärkste Bollwerk einer prinzipiell auf Ausgleich hinarbeitenden Politik der Mitte erwiesen, eine Tatsache, die in den Zeiten des Radikalismus ganz besonderes Gewicht erhält. (Der prozentuelle Anteil des Zentrums selbst [ohne die Bayerische Volkspartei] war folgender: 1920: 14 Proz., 1924: 13,7 Proz., 1928: 12 Proz. und 1930: 11,8 Proz.)

Aus der ganzen Berechnung geht klar hervor, daß das Zentrum als Mittelpartei die Schlüsselstellung besitzt. Es kann, je nachdem, der Linken oder der Rechten zur Herrschaft verhelfen. Und das gilt für Hessen genau so, wie für das Reich und für Preußen. Es müßte denn gerade sein, daß im Reich und in Preußen die Parteien der Rechten für sich die Mehrheit erringen. Damit ist aber wohl kaum zu rechnen.

In der Presse wird die Frage der Regierungsbildung in Hessen naturgemäß mit großem Interesse erörtert,

weil dort unter Umständen ein Experiment gemacht werden könnte, das für die gesamte Politik im Reich und in anderen Ländern beispielhafte Bedeutung erhält. Sehr wichtig ist eine Auslassung des führenden Zentrumsorgans in Berlin, der „Germania“; der entscheidende Satz lautet: „Der politische Umschüttungsprozess, den wir durchleben, wird wahrhaftig nicht auf dem Gipfel des nationalsozialistischen Machtgewinnes beendet sein. Dort wird vielmehr etwas beginnen, was wichtiger und bedeutender ist als die Entwicklung der Zahl und der Größe: die geistige und politische Umformung einer Bewegung zu einem wirklichen Instrument der Staatspolitik, die sich allerdings gleichfalls nicht ohne neue Erschütterung des Parteigeistes vollziehen kann.“

Inzwischen hat auf der Linken eine Strömung an Einfluss gewonnen, die eine engere Zusammenarbeit, eine Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten für notwendig hält. Zwar haben, wie von maßgebender sozialdemokratischer Seite erklärt wird, bisher noch keinerlei Verhandlungen stattgefunden, und von Verhandlungen von Partei zu Partei könne auch für die unmittelbare Zukunft gar keine Rede sein; Tatsache sei indessen, daß bei einem beginnenden Bürgerkrieg sich ohne jedes Zutun eine Überbrückung der Gegensätze zwischen beiden Parteien anbahnen werde.

Die kommunistische Parteizentrale war letzthin der Sozialdemokratie insofern entgegengesonnen, als sie den Terrorismus und Putschismus einzelner Ortsgruppen und einzelner Persönlichkeiten der Partei scharf verurteilte. Ob sich die Ortsgruppen nach diesem Spruch richten werden, das ist eine andere Frage. Von der Rechten wird darauf hingewiesen, daß das Ganze nur ein Mandat der kommunistischen Parteizentrale sei, um ein etwaiges Verbot der Partei, von dem in der Zeit gesprochen wurde (das aber nicht kommen wird), zu vermeiden und auf der Tagung der Parteiminister, die heute in Berlin stattfindet, eine etwas freundlichere Stimmung zu schaffen.

Unter allen Umständen wird man auch der Entwicklung auf der Linken die größte Aufmerksamkeit zu schenken haben. Bedeutungslos scheint uns in dieser Hinsicht auch der gestrige Leitartikel des „Volksfreund“ zu sein, in welchem es unter anderem heißt:

„Würden die Kommunisten, woran leider im gegenwärtigen Augenblick noch nicht zu glauben ist, auch nur einigermaßen in politischer Beziehung etwas Vernunft annehmen, so daß die Marxisten in Zukunft in einer großen, breiten und tiefen Front dem Nationalismus sich entgegenstellen könnten, wäre der Traum von der Überwindung des Marxismus sehr schnell und gründlich ausgeräumt. Wie die Regierungsbildung in Hessen nach dem Wahlerfolg möglichst sein wird, ist im Augenblick gar nicht abzusehen. Die Entscheidung liegt sowohl beim Zentrum wie bei den Kommunisten. Sollte das Zentrum in Hessen das Experiment unternehmen, mit den Nationalsozialisten und eventuell unter Einbeziehung der sechs Abgeordneten der bürgerlichen Splitterparteien eine Regierung zu bilden, würde die Wirkung auf das Reich wahrscheinlich nicht ausbleiben. Daß die Kommunisten eine parlamentarische Kombination Sozialdemokratie, Zentrum, Staatspartei und Christlicher Volksdienst stützen werden, muß nach allen bisherigen Erfahrungen als unwahrscheinlich angenommen werden.“

#### Badisch-pfälzischer Volksbühnentag in Pforzheim

Kürzlich konnte die Volksbühne Pforzheim auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß fand im Saalbau eine Festkundgebung statt, zu der sich nahezu 2000 Personen eingefunden hatten, ein Beweis, wie stark die Volksbühnenbewegung sich wie in anderen Städten auch in Pforzheim ausgebreitet hat. Als Vertreter des Unterrichtsministeriums war Oberbürgermeister Hoffmann (Karlsruhe) anwesend. Das Badische Landestheater war durch Direktor Mäurer (Karlsruhe) vertreten. Unter den Ehrengästen bemerkte man noch die Vertreter der Volksbühnenvereine Karlsruhe, Mannheim, Freiburg, Konstanz, Singen, Kehl, Offenburg, Kastatt, Heidelberg, Godesheim, Schwesingen, Weinheim und Stuttgart. Den Mittelpunkt der Feier bildete die Festansprache des Generalintendanten Gustav Hartung vom Hessischen Landestheater in Darmstadt über das Thema „Das Theater in unserer Zeit“. Der Vortragende brachte in seinen Ausführungen zum Ausdruck, daß heute nicht mehr das Theater der Großstadt, sondern das Theater der kleineren Städte den Hauptfaktor in der Kulturförderung bilde, und hier sei es besonders die Volksbühnenbewegung, die als Kulturgemeinschaft einen großen Einfluß auf die Spielpläne des Theaters ausübt. Die Feier war umrahmt von Musikvorträgen, dargeboten vom Pforzheimer Symphonieorchester, das gerade in letzter Zeit unter Leitung von Richard Wainholzer eine beachtliche Höhe seiner Leistungen erreicht hat.

Am vorletzten Sonntag hielt der Verband Bezirk Baden-Pfalz der Deutschen Volksbühnenvereine seinen achten Bezirksstag ab. Der erste Vorsitzende, Dr. Girschler (Mannheim) konnte eine große Anzahl von Vertretern der Volksbühnenvereine aus Baden und auch aus der Pfalz begrüßen. Aus dem Geschäftsbericht, erstattet vom Bezirkssekretär Krämer (Karlsruhe) ging hervor, daß sich die Volksbühnenbewegung in Baden trotz schlechter Wirtschaftsverhältnisse gut gehalten habe. Dieser Bericht, wie der von Jakob (Mannheim) erstattete Kasienbericht, wurden genehmigt. Im Verlauf der Tagung sprach dann Intendant Werkhäuser (Frankfurt a. M.) über die Kulturarbeit der Landesbühne, wobei er u. a. eine bessere Unterstützung des Volksbühnengedankens und der Volksbühnenbewegung durch die offiziellen Stellen wünschte. Der Vorstand wurde in derselben Zusammensetzung wie bisher wiedergewählt.

**Heidelberger Nobel-Preisträger.** Nachdem jetzt Geheimrat Bosh und Dr. Vergius den Nobel-Preis für Chemie erhalten haben, ist dieser Preis im ganzen viermal an Forscher gefallen, die ihren Wohnsitz in Heidelberg hatten. Außer Bosh und Vergius, die den Betrag je zur Hälfte bekommen, waren es vorher Geheimrat Lenard und der Erweichungs-Geheimrat Albrecht Koffler, der vor einigen Jahren starb. Ein fünfter Nobel-Preisträger in Heidelberg ist Professor Meyerhof, der vor drei Jahren als Leiter der medizinisch-physiologischen Abteilung des Medizinischen Kaiser-Wilhelm-Instituts nach Heidelberg kam.

#### Der kommende englische Schutzzoll

Wertvolle bis zu 100 Prozent

Im englischen Unterhaus verbreitete sich am Montag der englische Handelsminister Runciman über Englands Handelspolitik. Die Krise sei noch immer akut. England befinde sich zur Zeit in einer Lage größerer Verlegenheit und Verwirrung als zu irgendeiner früheren Zeit.

Zur Frage eventueller Einführung von Zöllen erklärte Runciman, daß England nichts unternehmen dürfe, um die ausländischen Zahlungen zu behindern. Es wäre töricht, die amerikanische Finanzpolitik zu befolgen. Die Regierung erwäge den Erlass von Ermächtigungen, um anormalen Einfuhren zu begegnen. Danach solle ein Wertzoll erhoben werden für bestimmte Waren, der 100 Prozent nicht übersteige. Landwirtschaftliche Produkte würden davon nicht betroffen. Die Vorschläge würden sich auf eine Klasse von Fertigwaren und Halbfabrikaten beziehen, wie Wolle und künstlicher Brennstoff, Töpferei- und Glaswaren mit gewissen Ausnahmen, Eisen und Stahl und daraus hergestellte Waren, Werkzeuge, darunter wissenschaftliche Instrumente, photographische Artikel, Uhren und Teile davon, elektrische Artikel und Apparate, Maschinen, darunter Nähmaschinen und Schreibmaschinen, Artikel aus Holz, Woll- und Baumwollgarnen sowie daraus hergestellte Waren, Seiden und Seidenwaren, Schmuckwaren, Drogen und Farben, Kle und Felle, Leder und Lederwaren, Papier und Pappe, Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge, Gummi, Pelze und Hüte, Sportartikel, Spielzeug und Spiele. Der einzige Weg, auf dem wir unsere Währung auf ihrem Wert erhalten können, ist, daß wir dafür sorgen, daß unsere ungünstige Handelsbilanz nicht noch schlechter wird. Wir haben eine beschränkte Kaufkraft im Ausland, und ich beuge die Hoffnung, daß wir uns diese Kaufkraft für notwendige Dinge aufheben und Luxuswaren weglassen. Das Hauptmittel unsere Handelsbilanz ohne Opfer für unser Volk wiederherzustellen, ist, den Export zu vergrößern und nicht den Import zu beschränken. Diese beiden Dinge sind nicht unvereinbar.

Die Londoner Zeitung „People“ glaubt mitteilen zu können, daß die Schutzzollvorlage dem Unterhaus im Monat Februar zugehen werde. Die Regierung werde vom Unterhaus Zollmachten verlangen, um nötigenfalls die Einfuhr gewisser Waren zu verbieten. Dabei werde der Art der Waren, der Ursprungsänder und der industriellen Bedürfnisse Großbritanniens Rechnung getragen werden. Der Getreidezoll allein werde dem Schatzamt sieben Millionen Pfund Sterling einbringen.

Die Präferenzverträge mit Ungarn und Rumänien, die am 15. November in Kraft gesetzt werden sollen, falls die von Deutschland meistbegünstigten Staaten keinen Widerspruch erheben, können nicht in Kraft treten, da einige meistbegünstigte Staaten Einspruch erhoben haben, nämlich die Tschechien, Argentinien und die Türkei. Diese Staaten haben verlangt, daß Deutschland auch mit ihnen Meistbegünstigungsverträge abschließen, was auf Grund der Genfer Abmachungen über den Ausnahmecharakter der Präferenzen von Deutschland abgelehnt wurde.

**Polen will das ganze Oberschlesien.** Der Direktor des polnischen Westmarken-Vereins führte bei einer Rede in Katowice anlässlich des Propagandamonats für Oberschlesien u. a. aus, daß Polen keinen Grund habe, was die sog. Revisionsforderungen angehe, sich mit dem gegenwärtigen Zustand zufriedenzugeben; es müsse vielmehr seinerseits eine Wiederergänzung des Unredes fordern, das ihm durch die gegenwärtige Grenzziehung zugefügt werde und das deutsche Oberschlesien, das polnisch sei, für sich beanspruchen.

#### Kleine Chronik

In Düsseldorf wurde wegen Unterschlagung der Oberpostsekretär Bindeln verhaftet. Er hatte es verstanden, Postanweisungsgelder an sich zu bringen. Es dürfte sich um einen Gesamtbetrag von etwa 30 000 M handeln. Er steht außerdem in dem dringenden Verdacht, Markenpapiere geraubt zu haben. Die veruntreuten Beträge will er zum Teil verwettet haben.

In Reddinghausen hat sich der 21jährige Heinrich Bartowid, der seinen Vater, den Polizeioberwachmeister Bartowid, erschossen hat, der Polizei gestellt.

Im Prozeß gegen die Mörder des kommunistischen Bürgerchaftsmitgliedes Gennung in Hamburg wurden wegen gemeinschaftlichen Totschlags ufw. Hochmord und Totschlag zu je sieben Jahren und Bammel zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt.

Der Direktor des Dresdener Arbeitamtes, Dr. Kerschmann, wurde am Montagmittags in seinem Büro von einem seiner Angestellten, namens Friedrich, den er kürzlich aus dienstlichem Anlaß geadelt hatte, mit einem Dolchmesser durch einen Stich in den linken Unterarm verletzt. Der Täter wurde der Polizei übergeben.

Im Elster-Prozeß werden nun Mitglieder des Berliner Magistrats vernommen, und zwar soll am Donnerstag um 10 Uhr mit der Vernehmung des Oberbürgermeisters Büß, des Bürgermeisters Scholz und des Stadtschultheißen Lange begonnen werden.

Auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft ist vom Untersuchungsrichter die Verurteilung gegen Ludwig Kassenbogen und die vier anderen Mitglieder des bisherigen Generaldirektoriums der Schulbuch-Verlagsanstalt AG. eröffnet worden. Gegen Ludwig Kassenbogen ist Haftbefehl erlassen worden und er wurde in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingeliefert.

In Lebnitz (Kreis Schweidnitz) kam es zwischen dem Landwirt Raubvogel und seiner Frau am Kaffeetisch zu Streitigkeiten. Raubvogel forderte, daß der Bruder seiner Frau das Haus verlasse. In der Erregung drang er auf seine Frau ein, die aber von ihrem ältesten Sohn geschützt wurde. Die Frau schlug nun mit einem Stuhl auf ihren Mann ein und wirgte ihn darauf so lange, bis er entseelt am Boden lag. Die Raubvogel erlitt nach dem Vorfall einen Herzversagen.

In Schneidemühl (Ostmark) ist es der Polizei gelungen, eine Einbrecherbande von 11 Personen dingfest zu machen. Es handelt sich um Mitglieder des Kampfbundes der kommunistischen Partei, dessen Leiter und Organisator, ein kommunistischer Stadtverordneter, gleichfalls an den Diebstählen beteiligt war.

In Schleswig hat ein Geschäftsmann seine Frau und seine drei Kinder im Alter bis zu 13 Jahren und sich selbst vergiftet. Während die Kinder bereits gestorben sind, ringen die Eltern noch mit dem Tode.

Bei Goppentstein (Lößcherbergbahn, Schweiz) kamen beim Bau von Schutzdämmen gegen Steinerschlag und Schneelawinen auf der Lößcherbergbahn die Zugkräfte der Aufzugswinde mit der Starkstromleitung in Verührung. Verschiedene Bauteile wurden dadurch unter Strom gesetzt; vier Arbeiter wurden vom elektrischen Schlag getroffen und getötet.

#### Die Reichswehr im Dienste der Nothilfe

Ingeachtet der großen Arbeitslosigkeit und der drückenden Not, in der weite Volkskreise sich befinden, ist auch die Reichswehr bemüht, die Maßnahmen der Regierung zur Linderung der allgemeinen Not nach besten Kräften zu unterstützen. Im engen Zusammenwirken mit den Behörden, den amtlichen und privaten Wohlfahrtsstellen und den gemeinnützigen Vereinigungen, die sich zur Winternothilfe zusammengeschlossen haben, setzt das Wehrkreis-Kommando seine Hilfsmittel ein. Die Truppenteile geben in ihren Standorten und nach Orten außerhalb ihrer Feldzüge an amtliche Wohlfahrtsstellen ab, die Küchenbetriebe zur Speisung Bedürftiger einrichten. Auch werden in zahlreichen Kasernen mit Einverständnis der Soldaten regelmäßig besonders Notleidende mit dem übrig bleibenden Essen gespeist.

Die Fahrzeuge der Truppen, pferdebespannte und Kraftfahrzeuge werden den Wohlfahrtsstellen zur Verfügung gestellt. Als die Zentralleitung für Nothilfe in den letzten Wochen eine Kleiderfammlung veranstaltete, sah man in allen Standorten die Fahrzeuge der Truppen mit Trompetern für dieses Hilfswerk eingesetzt. Zum Einholen der den Wohlfahrtsvereinen in reichlicher Menge zuzuführenden Lebensmittel, Obstspenden und Heizmaterialien fuhrten Truppenfahrzeuge und Lastkraftwagen der Kraftfahrtruppen über Land, bei Geldsammlungen tragen die Musikkapellen des Reichsheeres durch Spielen auf öffentlichen Plätzen zur Erhöhung des Ergebnisses bei. Auch Untersuchungsgeräte sind zu Zwecken der Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt.

Diese Nothilfe der Reichswehr zur Linderung der Not erstreckt sich über den ganzen Wehrkreisbereich, der die Länder Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen, die Provinz Hessen-Nassau und den Regierungsbezirk Erfurt umfaßt.

#### Kurze Nachrichten

Im Lohnstreit bei der Deutschen Reichsbank-Gesellschaft wurde der Schiedsspruch vom 11. November 1931 vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt.

Die berufsständische Gliederung des neuen Hessischen Landtags. Der neue Hessische Landtag setzt sich zusammen aus 21 Beamten, 12 Angehörigen der freien Berufe, 11 Arbeitern, 7 Angestellten, 5 Handwerkern, 11 Landwirten und 3 Hausfrauen.

Verfassungs- und Umzugsverbot in Anhalt. Die anhaltische Regierung hat alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel verboten. Ausgenommen sind unpolitische Veranstaltungen dieser Art, die aber der Genehmigung der Regierung unterliegen.

Wegen Verleumdung des nationalsozialistischen Pressechefs Rosenberg wurden in München die verantwortlichen Schriftleiter Dr. Girsch vom „Mittags-Abendblatt“, Schiff vom „Vorwärts“ und Gruber von der „Münchener Post“ wegen übler Nachrede und Behauptung unwahrer Tatsachen zu je 500 M. Geldstrafe und zur Tragung der Kosten verurteilt. In allen drei Artikeln war behauptet worden, Hauptschriftleiter Rosenberg habe politische Geheimarbeit im Dienste Rußlands gegen Deutschland geleistet. Ein Beweis dafür, daß Rosenberg während des Krieges für die Entente gearbeitet habe, sei nicht erbracht worden.

Das Rüstungsjahr in Kraft. Der Generalsekretär des Völkerbundes teilt mit, daß die einjährige Rüstungspause in Kraft getreten ist, und zwar mit Wirkung vom 1. November d. J. ab. Dem Vorschlag haben nahezu fünfzig Staaten zugestimmt.

Die Zukunft des Völkerbundes. Der Londoner „Daily Express“ veröffentlicht einen Leitartikel, der sich mit den Schwierigkeiten im Völkerbund beschäftigt und von dessen Ende spricht. Der Artikel fordert die englischen Staatsbürger auf, von der englischen Regierung zu verlangen, daß sie keine Gelder mehr für die Genfer Organisationen entrichte.

Das englische Unterhaus hat die Antwortadresse auf die Thronrede ohne Abstimmung angenommen.

Schließung der Kolonialausstellung in Paris. Die Mitte Mai eröffnete Internationale Kolonialausstellung in Paris, auf der Deutschland nicht vertreten war, ist geschlossen worden. Der Präsident der Republik, Doumer, hatte ihr im Laufe des letzten Tages einen Besuch abgestattet. Die Ausstellung ist von insgesamt 30 Millionen Personen besucht worden.

#### Gemeinderendichtung

##### Die Finanzlage der Gemeinden

In Schwesingen hat der Bürgermeister die Erhöhung der Bürgersteuer auf 300 Prozent und die Einführung einer zehnprozentigen Getränkesteuer angeordnet. Der Gemeinderat erhob hiergegen Einspruch.

In Neuweiler (Amt Bühl) weist der Gemeindevoranschlag einen Fehlbetrag von rund 34 000 M. auf. Der Gemeinderat hat die Einführung der Bürgersteuer abgelehnt. Es soll nun der Bürgerauschuß dazu Stellung nehmen.

In Hornberg ist auf Grund der Haushaltsnotverordnung die Bürgersteuer in dreifacher Höhe rechtskräftig eingeführt worden.

Ergebnislose Bürgermeisterwahl in Badenweiler. Auch der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Badenweiler am Sonntag ist resultatlos verlaufen. Trotz eifriger Anstrengungen der Kandidaten und deren Anhänger konnte nicht die nötige Stimmengahl auf einen Kandidaten vereinigt werden. Es hatten sich fünf Herren beworben, nachdem einer der Kandidaten aus dem ersten Wahlgang kurz vorher noch zurückgetreten war. Von 604 Wahlberechtigten haben 510 abgestimmt. Eine Stimme war ungültig. Es erhielten: Dipl.-Volkswirt Dr. Köhler, Karlsruhe, 98 Stimmen, Dipl.-Volkswirt Girsch, Radolfzell 9, Emil Rägele, Badenweiler, 63, Rechtsanwalt Dr. Reibel, Mannheim, 24 und Regierungsbaumeister Wolf, Freiburg, 125 Stimmen. Jetzt muß noch ein dritter Wahlgang bestritten werden, der voraussichtlich in 14 Tagen oder 3 Wochen stattfindet.

In der Waldshuter Bürgermeisterfrage scheint sich mit dem bisherigen, nun über ein Jahr im vorübergehenden Ruhezustand befindlichen Gemeindeoberhaupt Dr. Forster eine Vertikalisierung anzubahnen. Laut „Abote“ wäre Dr. Forster bereit, seinen früheren Dienst wieder anzutreten, wenn ihm Gemeinderat und Bürgerauschuß ihr Vertrauen schenken. Professor Wäzner, der stellvertretungsweise den Bürgermeisterposten ausfüllt, soll für eine Kandidatur nicht mehr in Frage kommen. In der nächsten Bürgerauschuhjüngung soll die Angelegenheit besprochen werden.

Bürgermeisterwahlen. In Derolsheim erhielt der bisherige Stadtrechner Albert Bessig von 58 abgegebenen Stimmen 30 und wurde damit gewählt. Auf Stadtrat Jos. Kupfer entfielen 23 Stimmen, während Stadtrat Wilhelm Hud 4 Stimmen erhielt. Eine Stimme war ungültig. — In Unterbaldingen (N. Donaueschingen) entfielen auf nicht weniger als 10 Kandidaten 195 Stimmen, darunter waren 9 ungültig. Die meisten Stimmen erhielt Landwirt Jos. Kandler, nämlich 95.



# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamtenvereinigungen

Nr. 45

Bezug: erscheint wöchentlich einmal und kann einzeln für 10 Reichspfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Reichspfennig zuzüglich Porto  
von Verlage Karlsruhe, Karl-Brüder-Str. 14, bezogen werden

17. November 1931

## Arbeitsgemeinschaft der oberen Beamten des Reichs und der Länder

In Magdeburg ist am 5. September d. J. eine Arbeitsgemeinschaft der oberen Beamten des Reichs und der Länder im Bezirk Magdeburg gegründet worden, an der Beamte fast sämtlicher Verwaltungen beteiligt sind.

Von dieser Gründung Notiz zu nehmen ist deshalb Anlass, weil — wie aus der ersten Versammlung dieser Arbeitsgemeinschaft zu ersehen — ihr die Absicht zugrundeliegt, entgegen der bisherigen vertikalen Zusammenfassung der Beamten im Deutschen Beamten nun eine horizontal gegliederte Spitzenorganisation der oberen Beamten in Deutschland zu schaffen.

Das Referat des Bezirksreferenten Schlegel (Berlin), Vorsitzender des Reichsbundes der Amtmänner, ging schon in seiner Fassung des Themas direkt auf das Ziel der Arbeitsgemeinschaft zu: Heraus aus dem Deutschen Beamtenbund. Die Notwendigkeit eines engen Zusammenschlusses der oberen Beamten des Reichs und der Länder. Da es unerlässlich sei, den großen Gruppen der laufbahnmäßig zusammengehörenden Beamten die selbständige Vertretung derjenigen Angelegenheiten zu überlassen, die mit der Einheitlichkeit ihrer allgemeinen Zweckbestimmung für die Lösung der Staatsaufgaben — Fragen der Vorbildung, der Ausbildung, der Amtsbezeichnung und Beförderung — zusammenhängen, habe sich die höhere Beamtenenschaft schon sehr bald vom Deutschen Beamtenbund wieder getrennt und auch in den Kreisen der oberen Beamtenchaft habe aus gleichen Erwägungen seit 1923 das Bestreben nach Gründung eines Reichsverbandes geherrscht. Später erfolgte Organisationsgründungen horizontalen Aufbaues hätten sich in das Vertikalssystem in einer Weise eingefügt, daß hierdurch ihrer Zusammenfassung in einer selbständigen horizontalen Großorganisation erhebliche Schwierigkeiten erwachsen seien. Man beschränkte sich deshalb s. B. auf die Gründung einer Arbeitsgemeinschaft der oberen Beamten im Deutschen Beamtenbund, des Reichsbundes der Amtmänner. Gener Versuch müsse heute — nach Meinung des Referenten — als gescheitert betrachtet werden, und er glaubt, eine Umbildung unter der gesamten oberen Beamtenchaft des Reichs und der Länder würde eine erdrückende Mehrheit für die von der Magdeburger Versammlung ausgegebene Parole: „Heraus aus dem Deutschen Beamtenbund“ ergeben.

Ausschlaggebend für das Problem einer horizontalen Spitzenorganisation der oberen Beamten sei die Tatsache, daß infolge der Reformen der Nachkriegszeit eine weitgehende Veränderung des früheren mittleren Beamtenstandes vor sich gegangen und seine Entwicklung zum oberen Beamtenstand der Neuzeit erfolgt ist. Voraussetzung für die Möglichkeit, der oberen Beamtenchaft größeren Einfluß auf die Gestaltung der oben erwähnten Fragen zu verschaffen, sei die völlige Selbständigkeit in der Vertretung ihrer gesamten Berufsbelange. Im DBB. erscheine dies nach der Entwicklung der letzten zehn Jahre nicht möglich. Dort hätten große Mitgliedergruppen, wie die Gemeindebeamten und die Lehrer (diese eigentlich eine horizontale im wahren Sinne) im Laufe der Zeit ihre Nachstellung ausnahmslos zum Nachteil der oberen Beamten ausgemüht.

Im weiteren ging der Referent sodann auf die einzelnen Punkte ein, die nach seiner Auffassung eine Loslösung vom Deutschen Beamtenbund den oberen Beamten nahelegen, auf deren Wiedergabe hier zunächst verzichtet sei, da die Angelegenheit noch im Stadium der Entwicklung sich befindet und der Eindruck vermieden werden muß, als würde hier zu dieser Zeit Bestand der Beamtenorganisation im Reich und in Baden unter Umständen empfindlich treffenden Aktion propagierend einseitig Stellung genommen.

Die Aussprache über das Referat fand ihren Abschluß in einer Entschließung, die den engsten Zusammenschluß der gesamten oberen Beamtenchaft zur wirksamen Vertretung ihrer Berufsbelange fordert und von ihren Führern erwartet, daß sie eine geschlossene, einheitliche und selbständige horizontale Organisation der oberen Beamten schaffen oder die bereits bestehende horizontale Organisation, den Reichsbund der Amtmänner, hierzu ausbauen.

## Zum Vollzug der badischen Haushaltsnotverordnung

Wirksamkeit der Sperre für die Aufzählungs- oder Beförderungsbücherei

In Artikel 49 a. a. O. ist bekanntlich bestimmt, daß seit dem Inkrafttreten der Haushaltsnotverordnung bei Aufzählungen oder Beförderungen die nach der höheren Befoldungsgruppe maßgebenden Dienstbezüge erst vom Beginn des 13. Monats an zahlbar sind, der auf den Tag folgt, auf den die Aufzählung oder Beförderung wirksam wird. Da unter Beginn eines Monats eigentlich immer der erste des Monats verstanden wird, wurde die Bestimmung vielfach so aufgefaßt, daß bei Beförderung z. B. auf 29. Oktober 1931 die Zahlung der höheren Bezüge mit dem 1. November 1931 beginnt, da dies auch der Beginn des 13. Monats ist.

Nach neuester Auslegung des Finanzministers ist die Vorschrift so aufzufassen, daß vom Tag der Aufzählung oder Beförderung an gerechnet eine 12monatige Sperrfrist läuft. In obigen Beispiel beginnt diese Frist mit dem 29. Oktober 1931 und endet mit dem 28. Oktober 1932, die neuen Bezüge sind also vom 29. Oktober 1932 an zahlbar. Die mißverständliche Auffassung hätte vermieden werden können, wenn in Artikel 49 die Fassung gewählt worden wäre: Bei Aufzählung . . . . . sind die entsprechenden Bezüge erst 12 Monate später, vom Tag der Wirksamkeit der Aufzählung oder Beförderung an gerechnet, zahlbar.

Die neue Auslegung deckt sich übrigens auch nicht völlig mit der auch für Baden geltenden Nr. 7 der Reichsbefoldungsvorschriften, da dort bestimmt ist, der Beginn des Befoldungsdienstalters ist beim Übertritt in eine andere Befoldungsgruppe auf den ersten Tag des Monats festzusetzen.

## Vorprüfung für Versorgungsanwärter

Welche Kenntnisse sind für den einfachen und den gehobenen mittleren Dienst bei Stellen in der Reichsfinanzverwaltung nachzuweisen?

Zum Nachweis der für die einzelnen Laufbahnen erforderlichen allgemeinen Bildung hat der Bewerber eine Vorprüfung abzulegen.

1. Vorprüfung für den einfachen mittleren Dienst.  
Die Prüfung ist eine schriftliche.  
Die Prüfungsaufgaben sind folgende:  
a) ein Diktat in — je zur Hälfte — deutscher und lateinischer Schrift, in dem die Sicherheit in der Rechtschreibung und Zeichensetzung nachzuweisen ist (1/2 Stunde);  
b) ein deutscher Aufsatz. Es werden zwei gleich schwere Aufgaben aus dem Gebiet des täglichen Lebens zur Wahl gestellt (3 Stunden);  
c) sechs Aufgaben aus dem bürgerlichen Rechnen und der Flächen- und Körperberechnung einfacher Art (3 Stunden);  
d) eine Aufgabe aus der Staatsbürgerkunde, die auch aus mehreren Einzelfragen bestehen kann (2 Stunden).
2. Vorprüfung für den gehobenen mittleren Dienst.  
Die Prüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teile.  
Die schriftliche Prüfung besteht aus:  
a) einem Diktat in — je zur Hälfte — deutscher und lateinischer Schrift, in dem die völlige Sicherheit in der Rechtschreibung und Zeichensetzung nachzuweisen ist (1/2 Stunde). Bei Unsicherheit in der Rechtschreibung und in der Zeichensetzung wird der Prüfling von der weiteren Teilnahme an der Prüfung ausgeschlossen. Die Prüfung gilt als nicht bestanden;  
b) einem deutschen Aufsatz. Es werden zwei gleich schwere Aufgaben mit freiem Thema für die Bearbeitung zur Wahl gestellt (4 Stunden);  
c) der Übersetzung eines mäßig schweren deutschen Schriftsatzes — etwa 15 Druckzeilen — in eine fremde Sprache und der freien schriftlichen Wiedergabe eines zweimal langsam vorgelesenen fremdsprachlichen Schriftsatzes — etwa 15 Druckzeilen in einer fremden Sprache. Als Fremdsprache sind alle lebenden Sprachen zugelassen (2 Stunden);  
d) sechs Rechenaufgaben (zusammen 3 Stunden). In den Aufgaben ist Bruch-, Dezimal-, Prozent-, Zins- und Zinseszinsrechnung, Mischungs- und Gesellschaftsrechnung sowie Flächen- und Körperberechnung zu fordern. Der Prüfling muß die Fähigkeit besitzen, Gleichungen ersten Grades mit einer oder zwei Unbekannten anzusetzen und aufzulösen.  
e) einem Aufsatz aus dem Gebiet der Staatsbürgerkunde oder Volkswirtschaftslehre (2 Stunden).

Die Angestelltenversicherung bei der Reichsbahn

- In der mündlichen Prüfung — Prüfzeit für jeden Bewerber etwa 30 Minuten — werden gefordert:
- a) im Deutschen: erhöhte Fähigkeit, sich klar und sprachlich richtig auszudrücken sowie rasch und sicher zu urteilen, Kenntnis der bedeutendsten Werke der deutschen Literatur von Mitte des 18. Jahrhunderts bis zur Gegenwart;
  - b) im Rechnen: dieselben Kenntnisse wie in der schriftlichen Prüfung;
  - c) in Staatsbürgerkunde: Kenntnis der Reichsverfassung und der Verfassung des Heimatlandes, der Behördenorganisation des Reiches und des Heimatlandes sowie des Reichsbeamtengesetzes;
  - d) Volkswirtschaftslehre: Kenntnis der Grundbegriffe des heutigen Wirtschaftslebens;
  - e) Geschichte: Kenntnis der deutschen Geschichte seit dem 15. Jahrhundert und der Geschichte des Heimatlandes;
  - f) Erdkunde: genaue Kenntnis Deutschlands, allgemeiner Überblick über die europäischen Staaten, die an der europäischen Erdteile und Meere.

## Altersgrenze für Jurruhesetzung in Bayern

Die neueste Verordnung des Gesamtministeriums des Freistaats Bayern vom 30. Oktober 1931 zur Sicherung des Vollzugs des Staatshaushalts bestimmt in ihrem § 50:

Etatmäßige Beamte, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, können auf ihren Antrag ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit unter Bewilligung des Ruhegehalts in den dauernden Ruhestand versetzt werden, wenn ihr Ausscheiden im Interesse des Beamtenabbaues liegt. Dabei kann ihr Ruhegehalt bis zu dem Betrag erhöht werden, auf den sie Anspruch hätten, wenn sie im Zeitpunkt des Ausscheidens aus dem Dienste das 65. Lebensjahr vollendet hätten.

## Beamtenfragen im Obenburger Landtag

Der Obenburger Beamtenbund hatte in einer Eingabe an den Landtag gebeten, die Sonderlösung der Gehälter in Obenburger und ebenso die Aufzählungssperre wieder rückgängig zu machen. Die Eingabe hatte insofern Erfolg, als der Landtag die Eingabe der Regierung in Bezug auf die Frage der Sonderlösung hinsichtlich der Befestigung der Aufzählungssperre zur Berücksichtigung überwies. Ein Antrag der Landvolkpartei, die Staatsregierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung auf einen Abbau der Befoldung der Reichsbeamten hinzuwirken, wurde abgelehnt.

### Die Besetzung des Kreisbezirks Billingen III, Sitz Trübenberg.

Die Stelle eines Kaminfegeleiters für den Kreisbezirk Billingen III, Sitz Trübenberg, ist freigeworden. Der Kreisbezirk umfasst die Gemeinden Trübenberg, Schönbach, Kohlhardsberg, Gremmlsbach, Ruzsbach, Langenschiltach, Tennenbrunn, Niederwasser, Reichenbach und Hornberg. Die letzten 3 Gemeinden gehören zum Amtsbezirk Wolfach.

Bewerbungen sind unter Anschluß der in § 7 der Kaminfegeverordnung vorgeschriebenen Belege innerhalb 4 Wochen hierher einzureichen. R. 711

Billingen, den 16. November 1931.  
Badisches Bezirksamt.

### Umbau der Altheimbrücke bei Neuenburg.

Auf Grund der Reichsverbindungsverordnung für Bauleistungen haben wir nachstehende Arbeiten öffentlich zu vergeben.

Los 1: Herstellung des Straßensockels, 2 300 cbm Dammschüttung, 200 qm Gestrüß und Schotter, 500 cbm Böschungspflaster.

Los 2: Beton- und Eisenarbeiten, 200 cbm Beton- und Eisenbeton, 12 t Bohrreisen u. Kleineisenzeug.

Zeichnungen und Bedingungen liegen beim Bauamt und auf dem Dienstzimmer des Wasserbaumeisters Neuenburg a. N. zur Einsicht auf. Abgabe von Angebotsordern nach Einsendung von 1 M.

Angebote sind verschlossen mit Aufschrift „Umbau der

### Altheimbrücke bis Montag, den 30. November 1931, vorm. 11 Uhr, beim Bauamt einzureichen. Zuschlagsfrist 8 Tage. R. 710

### Bad. Wasser- und Straßenbauamt Vörsach.

### Bekanntmachung.

Der nach der Verordnung über Finanzstatistik vom 28. Februar 1931 vorgeschriebene Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Kreises Karlsruhe liegt jeweils in der Zeit vom 16. bis 30. Oktober und 16. bis 30. April jedes Jahres auf dem Kreisbüro, Karlstraße 16, zur Einsichtnahme auf. R. 709

Karlsruhe, 11. Nov. 1931.

### Der Kreisvorsitzende: Stritt.

### Wir werben für Sie!

Karlsruhe, 11. Nov. 1931.

### Badisches Landestheater

Mittwoch, den 18. Nov. 1931

\* A 9 (Wittwochnmiete)  
Th.-Gem. II. S.-Gr.

### Die Waise

Oper von Jeno Hubay

Dirigent: Strips  
Regie: Pruscha

Mitwirkende:  
Blant, Haberlorn, Winter, Falke, Friedrich, J. Gröninger, Hopf, Kalnbach, Kiefer, Löfer, Rentwig, Derner, Schöpf, lin, S. Mininius

Anfang 19/ Ende 22  
Preise E (1—6,30 M)

Do. 19. 11. Die Prinzessin auf dem Seil. Fr. 20. 11. Neu einstudiert: Hänsel und Gretel. Hierauf: Neu einstudiert: Die Puppenfee. Sa. 21. 11. Uraufführung: Hochkapler-Komödie. So. 22. 11. Don Giovanni. Im Konzertsaal: Keine Vorstellung.

## WINTER 1931 1932

# wir wollen helfen!

Mach Dir und andern Freude, gib zur Winternothilfe!